

SPARZWANG KONTRA SICHERHEIT

Tätliche Übergriffe gegen Öffi-Bedienstete – welche Maßnahmen gibt es bereits, was wollen die Gewerkschaften? Ein Gespräch mit Roman Hebenstreit (vida-Sektion Verkehr), Kurt Wessely (BR-Vorsitzender Wiener Linien) und Günter Hintersteiner (stellvertretender BR-Vorsitzender Wiener Linien).



Im Gespräch zum Thema „Gewalt gegen Öffi-Bedienstete“: Kurt Wessely (BR-Vorsitzender Fahrbetrieb und Kundendienst), Günter Hintersteiner (stellvertretender BR-Vorsitzender), Roman Hebenstreit (Gewerkschaft vida, Sektion Verkehr).

Immer wieder berichten die Medien von Übergriffen gegen Öffi-Personal. Werden die Attacken tatsächlich häufiger?

Hebenstreit: Insgesamt haben die Vorfälle – Gewalt gegen MitarbeiterInnen oder zwischen Kundinnen und Kunden, aber auch Erkrankungen von Fahrgästen – enorm zugenommen. Der Umgangston ist rauer geworden, die Übergriffe wurden brutaler. Da muss der Betriebsrat natürlich reagieren.

Wessely: Tätliche Übergriffe hat es immer gegeben, leider verzeichnen wir einen Anstieg von 2012 auf 2013. Auch die Brutalität hat zugenommen.

Hebenstreit: Kameras alleine reichen nicht als Sicherheitsmaßnahme. Unsere Kolleginnen und Kollegen sind ja oft irgendwo allein in der Peripherie unterwegs, die Beschäftigten müssen außerdem ihre Fahrzeuge auch manchmal verlassen.

Hintersteiner: Ein Teil unserer Forderungen wurde bereits umgesetzt. So sind seit Kurzem acht adaptierte Straßen-

bahngarnituren mit verbesserter Fahrerplatzabsicherung im Einsatz. Überall dort, wo Betriebsrätinnen und Betriebsräte Druck machten, gibt es auch Konflikt- und Deeskalationstrainings als fixen Bestandteil der Ausbildung.

Wie reagieren die Unternehmen auf die Übergriffe?

Hebenstreit: Die Sensibilität ist an sich vorhanden, Verbesserungen scheitern allerdings meist am Kostendruck. Es gibt seitens der Behörden ja keine verbindlichen Vorgaben. Wie viel Personal – auch Polizei – ist bei Großereignissen nötig? Wie viele MitarbeiterInnen mit welcher Ausbildung sind nötig, wenn etwa ein Zug evakuiert werden muss? Wir brauchen gesetzliche Regelungen, wann und wo welche Sicherheitsmaßnahmen nötig sind – auch im Sinne der Fahrgäste.

Wessely: Bei uns wurden auf Druck der Betriebsrätinnen und Betriebsräte Deeskalationstrainings eingeführt. Weiters wurden eigene MitarbeiterInnen für die Erstbetreuung von attackierten

Kolleginnen und Kollegen ausgebildet.

Hebenstreit: Wenn tatsächlich irgendwo eine neue Sicherheitsmaßnahme gesetzt wird, dann wird sie aus Kostengründen manchmal bald wieder eingestellt. Kurz gesagt: Kaum hören wir auf zu rudern, treiben wir schon zurück.

Wie weit ist der im Frühjahr beschlossene Forderungskatalog gediehen?

Hebenstreit: Wir wollen den öffentlichen Dienst noch ins Boot holen. Die Eckpunkte sind klar: gesetzliche Rahmenbedingungen für mehr Sicherheit in den Öffis, mehr entsprechend geschultes Personal – zusätzlich zu technischen Maßnahmen wie mobile Warngeräte oder Kameras.

Wessely: Es darf keinen Wettbewerb auf Kosten der Sicherheit geben. Von ausreichendem und geschultem Personal profitieren auch die Fahrgäste.

Moderation: Astrid Fadler, freie Journalistin
Komplettes Interview unter
tinyurl.com/interview214